

Unternehmertums und des unsichtbaren Staates, bewunderte tatsächlich die Tatkraft der erstarkenden Nationalsozialisten. Adolf Weber, die wohl unsympathischste Figur in dieser Geschichte, wechselte tatsächlich von der Ordnungsfunktion des Marktes zur marktfeindlichen ständischen Ordnung über, die in der Bewunderung des Faschismus als einem »Sieg des jugendfrischen Ungestüms über Unentschlossenheit, sittliches Bedenken und ertötendes Abwarten« gipfelte, um sich dann nach dem Krieg lautstark als angeblicher Gegner des Faschismus zu profilieren.

Mit der Krise ab 1929 verschoben sich die Grenzen. Es folgte eine rege Debatte zwischen denjenigen, die in dem Konjunkturverfall eine nur durch staatliche Intervention verursachte Störung sahen, und denjenigen, die die Ursachen im Kreditwesen zu sehen vermochten und demgemäß auf eine ganz andere Art von Abhilfe setzten. Gerade bei diesem Thema schloß sich die deutsche Wissenschaft wieder, und zum letzten Mal, an eine weltweite Diskussion an und lieferte dazu einen beachtlichen Beitrag; jedoch im Unterschied zu Amerika, Großbritannien oder Schweden verloren die meisten deutschen Professoren bald das Interesse an wirtschaftlichen Erklärungen und Eingriffen, um sich in zunehmendem Maße auf die Psychologie, auf die Suche nach Sicherheit oder auf das Führerprinzip, die nationale Erweckung, den Rassenbiologismus zu verlegen. So halfen sie mit, dem Nationalsozialismus den Weg zu ebnen, oder unterstützten ihn, nachdem er die Macht erobert hatte. Es soll betont werden, daß der Autor auch den verfassungstreuen liberalen und sozialdemokratischen akademischen Wirtschaftstheoretikern, die immer in einer geringen Minderheit blieben und wenig Einfluß in den Ministerien hatten, ebenso wie den bürgerlichen das Primat der Klassen- oder politischen Interessen über reine Geisteserkenntnis zuspricht.

Verstärkt wird die hier vorgebrachte These auch durch die Geschehnisse nach 1933; denn in der Emigration gelang es Wissenschaftlern wie Schumpeter, Hayek, Haberler oder Löwe, in wenigen Jahren theoretische Beiträge zur angelsächsischen Wissenschaft zu leisten, wie sie in Deutschland kaum bekannt waren: Also bestimmt das Milieu das theoretische Schaffen des Forschers? Die meisten Leser werden sich wohl mit der Myrdal-These in der einen oder anderen Fassung zufriedengeben. Dennoch bleiben einige offene Fragen. So wird der Leser nach allem, was vorher gesagt wurde, von der Vielzahl der behandelten Personen, die in die Emigration gingen oder jedenfalls ihren Posten aufgeben mußten, überrascht sein — der Prozentsatz muß weit höher als bei allen anderen vergleichbaren Berufen liegen. Wo bleibt die Erklärung? Waren die Wirtschaftsprofessoren etwa doch liberaler, der bürgerlichen Republik enger verbunden, als hier angenommen? Oder müssen doch Zweifel an den durchweg feindlichen Auslegungen ihrer Schriften angemeldet werden? Und schließlich war der Beitrag der Wirtschaftswissenschaft der Weimarer Republik vielleicht nicht ganz so geringfügig, wie hier dargestellt. Zwar stand das neo-klassische Gefüge nach Marshall fest, aber es wurde an vielen Einzelteilen gebastelt, und in der Geldtheorie und insbesondere der Konjunkturtheorie gab es auch manche beachtliche deutsche Beiträge. Gewiß, es gab damals — und es gibt auch heute — keine reine Wirtschafts»wissenschaft«, aus Gründen, unter denen das hier betonte Klassenbewußtsein eine wichtige Rolle spielt. Dennoch treibt die Forschung die Kenntnis der Relation der Variablen Stück um Stück weiter, unbeschadet des Mangels an einer Gesamtheorie. Soll denn jede Erkenntnis warten, bis wir uns auf eine übergreifende »wahre« Gesellschaftsdarstellung geeinigt haben?

Sidney Pollard

Bernd Dohrmann, Die englische Europapolitik in der Wirtschaftskrise 1921—1923. Zur Interdependenz von Wirtschaftsinteressen und Außenpolitik (= Studien zur modernen Geschichte, Bd. 24), R. Oldenbourg Verlag, München/Wien 1980, VI, 234 S., kart., 58 DM.

Die Hamburger Dissertation sucht auf der Grundlage der englischen Regierungsakten, zumal jener der mit Wirtschaft und Handel befaßten Ämter, sowie des »Economist« die englische

Außenpolitik und Außenwirtschaftspolitik bis in ihre Phasen und Einzelschritte hinein von den englischen Wirtschaftsinteressen her zu erklären und dabei auch die Grenzen dieser Erklärungsmöglichkeit zu bestimmen. Die Untersuchung setzt ein mit dem Umschwung vom Nachkriegsboom zur Rezession um die Jahreswende 1920/21 und den ihm folgenden tastenden Schritten in Richtung Protektionismus und endet mit dem vom Wähler verworfenen Versuch Baldwins Ende 1923, Schutzzölle einzuführen. Mit der zugrundeliegenden These eines engen Zusammenhangs von Wirtschaftsinteressen und Außenpolitik rennt der Verfasser — zumindest im Falle Großbritanniens — offene Türen ein. Sein methodisches Vorgehen ist jedoch über weite Strecken hinweg anfechtbar: Es basiert auf der (gar nicht so) »naheliegenden Vermutung, daß die Einschätzung dessen, was für das Wohl der Wirtschaft an politischen Maßnahmen erforderlich ist, in erster Linie auf einer Analyse der wirtschaftlichen Entwicklung in dem einer Entscheidung unmittelbar vorangehenden Zeitraum beruht« (S. 212). So werden ausführlich und zum Teil Monat für Monat das Auf und Ab der relevanten Wirtschaftsdaten, die jeweiligen Meinungen und Wünsche von Wirtschaftsexponenten und die Argumentation offizieller Memoranden ausgebreitet und daraufhin geprüft, ob sie zum jeweiligen außenpolitischen Kurs passen oder nicht; manchmal tun sie es, manchmal eben nicht. Dieses etwas kurzatmige Verfahren verwischt den Unterschied zwischen kurz- und langfristigen Faktoren, zwischen auslösenden und verursachenden Momenten, zwischen Strategie und Taktik. Der langfristig wirksame Entschluß, die englischen Kriegsschulden bei den Vereinigten Staaten zu fundieren bzw. zurückzuzahlen, und zwar zu einem Zeitpunkt (Jahreswechsel 1922/23), als England keine sichere Aussicht auf eigene Reparationseinnahmen, geschweige denn auf Rückzahlungen seitens der eigenen Kriegsschuldner hatte, stand sicherlich mit wirtschaftspolitischen Überlegungen und Interessen in Zusammenhang, die sich aber sicherlich nicht einfach aus der Handelsstatistik des Monats zuvor ablesen lassen.

Doch im Vordergrund der Arbeit stehen die deutsch-britischen Beziehungen. Dem in der neueren Literatur gezeichneten Bild eines Landes, das unter großen, der eigenen Bevölkerung zugemuteten Opfern (Deflationspolitik!) um Wettbewerbsfähigkeit als Kapitaldrehscheibe und Exportmacht kämpft und seine Außenpolitik einsetzt, um dafür »faire« und wirtschaftlich vernünftige Rahmenbedingungen zu erreichen, vermag der Autor durchaus eine Reihe wissenswerter Vorgänge und Zusammenhänge hinzuzufügen, so z. B. Analysen des britischen Außenhandels, besonders des deutsch-britischen Warenverkehrs, oder die Rekonstruktion des Wandels in der britischen Einstellung zur Reparationsfrage vom Londoner Ultimatum bis zu den Konferenzen von Cannes und Genua auf dem Hintergrund sich ändernder wirtschaftlicher Gegebenheiten. Aber da wird beispielsweise Lloyd Georges Versuch, im Vorfeld des Londoner Ultimatums als Sanktion eine 50prozentige Steuer auf Importe aus Deutschland in alliierte Länder durchzusetzen, als protektionistische Reaktion auf die plötzlich verschlechterte deutsch-britische Handelsbilanz gesehen, obwohl sie nur als eine — freilich ernst gemeinte — Drohung für den Fall deutscher Widerspenstigkeit gedacht war und nicht als Heilmittel auf Dauer für britische Wirtschaftssorgen. Der Logik der Argumentation nach müßte eigentlich auch der folgende Schwenk in Richtung auf ein Moratorium für Deutschland und auf eine internationale Reparationsanleihe an Deutschland als Maßnahme zur Belebung der britischen Wirtschaft statt als Teilmaßnahme, um Deutschland zahlungsfähig zu machen, verstanden werden. Oder: die einzelnen Phasen britischer Diplomatie während der Ruhrbesetzung werden nicht mit der durchgängigen Überzeugung in Verbindung gebracht, daß der Ausfall des Ruhrgebiets (und die Verzögerung einer sinnvollen Reparationsregelung) nichts Gutes für England brächten, daß aber ohne oder gegen Frankreich keine umfassende Dauerlösung erreichbar sei. Vielmehr betont der Verfasser die Erwartungen kurzfristiger Ausgleichsmöglichkeiten und den ein paar Monate dauernden Boom einiger Branchen, die als Ersatzlieferanten einzuspringen vermochten. So erscheint die öffentliche Kontroverse mit Frankreich ökonomisch sinnlos (d. h. also rein politisch motiviert), solange nicht alle Branchen schwarze Prognosen stellen. So einfach ist die Scheidung von politischen und ökonomischen Motiven.

Oder: der Verfasser rechnet Baldwin mit Hilfe der vom Freihändlerischen »Economist« gelieferten Statistiken vor, daß sein Versuch, die Nation zum Protektionismus zu bekehren, nicht in Einklang mit dem Konjunkturverlauf der letzten Monate stehe (so daß hier — wegen des subjektiven Faktors — die Grenzen interessenpolitischer Interpretation der Außenpolitik besonders deutlich seien). Derweil konnten sich in diesen Statistiken Baldwins eigentliche wirtschaftspolitische Befürchtungen (die verschärfte Konkurrenz nach einer Erholung Deutschlands) und Hoffnungen (ein quid pro quo für Verhandlungen mit protektionistischen Handelspartnern zu erhalten) gar nicht widerspiegeln.

Statt dessen hätte sich der Leser ein Eingehen auf fundamentale, langfristige Faktoren gewünscht, z. B. auf die Frage, ob wirklich die Industrieinteressen Vorrang vor den Bankinteressen hatten (S. 53).

Konrad von Zwehl

Bernd Martin (Hrsg.), Die deutsche Beraterschaft in China 1927—1938. Militär — Wirtschaft — Außenpolitik. The German Advisory Group in China. Military, Economic, and Political Issues in Sino-German Relations, 1927—1938. Hrsg. in Verb. mit dem Militärgeschichtlichen Forschungsamt, Droste Verlag, Düsseldorf 1981, 504 S., Pb., 56 DM.

B. Martin konnte für den vorliegenden Sammelband insgesamt 14 Mitarbeiter gewinnen, die zum Teil gerade in jüngster Zeit Arbeiten veröffentlicht haben, die sich mit der deutschen Fernostpolitik zwischen den beiden Weltkriegen beschäftigen.¹ Bei der Anordnung der verschiedenen Einzelbeiträge des Werkes sind weniger chronologische Überlegungen als vielmehr Sachzusammenhänge berücksichtigt worden. Dadurch ergaben sich zwar manche Wiederholungen, die aber durch den Vorteil ausgeglichen wurden, daß konzentrisch die vielfältigen Probleme der Beraterschaft in China verdeutlicht werden konnten. Zum allgemeinen Verständnis deutscher Fernostpolitik tragen das einleitende Kapitel und die Schlußbemerkungen B. Martins bei, welche zum einen die außenpolitischen Zielsetzungen des Deutschen Reiches in der angegebenen Zeit beleuchten und zum anderen die Bedeutung der deutsch-chinesischen Beziehungen in den Zusammenhang internationaler Gesichtspunkte rücken.

Zur Bearbeitung ihrer Beiträge haben die Autoren umfangreiches Quellenmaterial verwendet, das sich hauptsächlich in deutschen und amerikanischen, zum kleineren Teil aber auch in nationalchinesischen Archiven fand. Die wichtigsten davon sind in einem außergewöhnlich breiten Dokumententeil des Bandes abgedruckt (160 S.). Diese Zeugnisse vermitteln nicht nur Hinweise auf die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und China, sondern geben auch Einblick in die privaten Verhältnisse der Berater und den organisatorischen Aufbau dieser Gruppe.

Den Einzelbeiträgen der Autoren ist ein Kapitel vorangestellt (von M. Géyer und R. Oehlmann), das die Motive aufzeigt, welche das Deutsche Reich dazu bewogen haben, nach dem Ersten Weltkrieg gerade mit China in engeren Kontakt zu treten. Auch im folgenden Abschnitt, der die Tätigkeit der vier Generalberater (Bauer/Wetzell/v. Seeckt/v. Falkenhäusen) in der Zeit von 1927—1938 beschreibt, kommen diese Beweggründe wiederum zum Vorschein. Danach war es den deutschen Beratern in China — sie setzten sich zum überwiegenden Teil aus ehemaligen Offizieren zusammen — darum zu tun, seit dem Ersten Weltkrieg verlorengegangene persönliche Statusverluste zu kompensieren. Ferner spielen bei manchen Beratern (z. B. H. v. Seeckt) finanzielle Überlegungen eine gewichtige Rolle. Auch versuchten sie, über diese persönlichen Vorteile hinaus, Deutschlands internationales Ansehen

¹ Z. B. Liang Hsi-Huey, *The Sino-German Connection*, 1978; J. P. Fox, *Germany and the Far Eastern Crisis 1931—1938*, 1982, sowie H. Bloß, mehrere Beiträge in der Zeit zwischen 1971 und 1980.